

Quelle Nürnberg Nachrichten vom 08.06.2010
Seite 2
Ressort Lokalmeldungen
Web-Link <http://www.nn-online.de/artikel.asp?art=1238499&kat=10>
Copyright © 2010 Nürnberger Nachrichten

Festvortrag mit Biss

Zehn Jahre »Diskussionsforum Arbeitsrecht e. V.«

Eine Altenpflegerin steckte Essensreste ein und bekam die Kündigung serviert. Ein Müllmann wurde als Mülldieb gefeuert - Kündigungen wie diese sorgen seit Monaten für Schlagzeilen. Das zeigt: Arbeitsrecht interessiert. Der Verein »Diskussionsforum Arbeitsrecht e. V. Nürnberg« vernetzt seit zehn Jahren Personen aus Wirtschaft und Wissenschaft und bot zum Jubiläum ein launiges Referat.

»Die Fehlleistungen des Gesetzgebers und ihre Bewältigung in der Praxis« - Professor Ulrich Preis hat seinem Festvortrag einen provokanten Titel verpasst, doch Gastgeber Joachim Vetter, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht und 1. Vorstand des »Diskussionsforums Arbeitsrecht e. V.« hätte sich keinen besseren Redner wünschen können. Der wortgewaltige Rechtswissenschaftler Preis (Universität Köln) schafft den Spagat zwischen Kritik am Gesetzgeber und Humor. Und er gilt als Kenner der Thematik - mit seinem Kollegen Professor Martin Henssler wurde Preis von der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung für den gemeinsamen Diskussionsentwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes ausgezeichnet.

Trotz der preisgekrönten Theorie - in der Praxis leidet das deutsche Arbeitsrecht bis heute an Flickschusterei. Gesetzesänderungen kämen nur auf Druck der Europäischen Union oder des Europäischen Gerichtshofes zustande, so Preis.

So hielt der Begriff des »Betrieblichen Eingliederungsmanagements«, kurz

»BEM«, Einzug in das Sozialgesetzbuch - »ein Paragraph, der sich liest, als hätten ihn Sozialpädagogen, nicht Juristen formuliert«, kommentiert der Rheinländer Preis süffisant.

In der Vorschrift wird dem Arbeitgeber auferlegt, bevor er einem schwerbehinderten Beschäftigten kündigt, alle denkbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, die zur Wiederherstellung der Arbeitsleistung des Beschäftigten führen können. So weit, so gut - doch das Verhältnis der Vorschrift zum Kündigungsschutzgesetz blieb ungeklärt. Ulrich Preis: »Es ist einfach, etwas zu komplizieren, aber es ist kompliziert, etwas zu vereinfachen.«

Er verweist auf das Gesetz über die Pflegezeit, ein »Kraftakt von Ulla, Ursula und Angela«, kommentiert er ironisch das Produkt der Politikerinnen Angela Merkel (CDU), Ursula von der Leyen (CDU) und Ulla Schmidt (SPD). Das Gesetz eröffnet Beschäftigten die Möglichkeit, eine Art Erziehungsurlaub zu nehmen, um ihre Angehörigen zu pflegen. Der Knackpunkt: Die Frist, die zwischen der Ankündigung der Pflegezeit durch den Beschäftigten und dem tatsächlichen Zeitraum der Pflegezeit liegen darf, nennt es nicht. Das bedeutet: Ab dem Zeitpunkt, an dem der Beschäftigte mitteilt, Pflegezeit zu nehmen, darf ihm der Arbeitgeber nicht kündigen - über Jahre hinaus könnten die einzelnen Mitglieder einer Großfamilie Pflegepläne aufstellen, so Preis.

Der Gesetzgeber beschwöre so Rechtsunklarheiten regelrecht herauf, meint er,

und auf die Frage: »Was macht die CDU/FDP-Koalition im Arbeitsrecht?« bleibt ihm nur die ernüchternde Antwort: bisher nichts.

Sein Fazit: »Unsystematische Gesetze könne man nicht systematisch auslegen«, gleichzeitig könnte die »unsystematische Auslegung unsystematischer Gesetze systematisch Fehler zur Folge haben«. Wie also das Arbeitsrecht retten? Professor Preis: »Verständige Richter werden immer wichtiger«, denn »die Lösung eines Problems besteht darin, jemanden zu finden, der das Problem löst.«

Die Zuhörer, darunter namhafte Persönlichkeiten, danken mit viel Lachen und Applaus. Gesehen wurden: der Präsident des Landesarbeitsgerichts, Engelbert Heider, die Direktoren des Nürnberger Arbeitsgerichts, Gerhard Clement, des Arbeitsgerichts Weiden in der Oberpfalz, Christian Steindl, und die Richter am Bundesarbeitsgericht Ernst Fischermeier, Peter Böck und Gernot Brühler. Die Vorstandsmitglieder des Vereins Diskussionsforum Arbeitsrecht e. V., Professor Georg Caspers (Friedrich-Alexander Universität Erlangen), Sabine Bühner, Deutscher Gewerkschaftsbund, Robert Fauser, Geschäftsführer Bayerischer Unternehmerverband Metall und Elektro e.V., sowie Rechtsanwalt Dieter Sziegoleit und Hans Link, Präsident der Rechtsanwaltskammer. ULRIKE LÖW